

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-45

## Inhalt

Ein "Dokument des Scheiterns" ist der Klimaschutzbericht der Bundesregierung nach Ansicht von Prof. Monika Ganseforth MdB.

Seite 1

Eine repräsentative Befragung von 10.000 Männern und Frauen in der Bundesrepublik beweist: Die Familienpolitik der Bundesregierung findet keine Zustimmung, berichtet Michael Habermann MdB.

Seite 2

Wilhelm Leuschner, der vor 50 Jahren ermordet wurde, war ein unbeugsamer Antifaschist, erinnert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Heldmarie Wleczorek-Zeul MdB.

Seite 4

Außenminister Kinkel tut nichts für die Bereinigung des deutsch-tschechischen Verhältnisses, klagt Rudolf Müller MdB.

Seite 5

49. Jahrgang / 188

29. September 1994

### Töpfer, eine traurige Figur

**Klimaschutzbericht der Bundesregierung: Ein Dokument des Scheiterns**

Von Prof. Monika Ganseforth MdB

Die beiden uns heute vorgestellten Berichte der Bundesregierung sind Dokumente des Scheiterns einer gezielten Klimaschutzpolitik. Der Klimaschutz hat bei dieser Bundesregierung keine Zukunft. Es grenzt an Selbstverleugnung, wenn der Bundesumweltminister, der es besser weiß, diesen Tatbestand mit viel Wortgeklingel zu vertuschen sucht. Der Klimaschutz hat bei dieser Bundesregierung verloren, verloren wegen der mangelnden Durchsetzungskraft des Umweltministers, verloren wegen der geballten Ignoranz von Wirtschaftsminister, Finanzminister, Verkehrsminister, Landwirtschaftsminister und nicht zuletzt des Bundeskanzlers.

Alle gegenteiligen Durchhalteparolen können nicht verschleiern, daß die Bundesregierung weiter denn je davon entfernt ist, ihr Versprechen einzuhalten, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2005 bezogen auf 1987 um 25 bis 30 Prozent zu reduzieren. Zur Erinnerung: Dieses Ziel sollte ausdrücklich in den alten Bundesländern erreicht werden. Hier ist jedoch in den letzten sechs Jahren sogar ein leichter Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen von zwei Prozent zu verzeichnen.

Um diesen eklatanten Fehlschlag zu verschleiern, wendet die Bundesregierung erneut den schon sattsam bekannten Taschenspielertrick an: Sie bezieht ihren Beschluß nunmehr auf ganz Deutschland, feiert den in erster Linie durch den industriellen Zusammenbruch im Osten verursachten Rückgang von fast 50 Prozent CO<sub>2</sub>-Emission als klimapolitische Großtat und schreibt sich für Gesamtdeutschland ein Minus von 14,7 Prozent auf ihre Fahnen. Dabei ist ihr klar, daß mit der beginnenden wirtschaftlichen Erholung im Osten die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei ihrer Politik des Nichtstuns auch dort wieder ansteigen werden.

Die Gründe dieses Desasters sind schnell aufgezählt: Die Bundesregierung hat außer einer halbherzigen Novellierung der Wärmeschutzverordnung, die im Neubaubestand weit hinter dem technisch Machbaren und wirtschaftlich Sinnvollen zurückbleibt und, den so überaus wichtigen Altbaubestand überhaupt nicht einbezieht, keine einzige klimapolitische Maßnahme von Gewicht auf den Weg

Vorlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung  
zur  
erhalten  
Recycling-Papier



gebracht. Dagegen sind entgegen allen gebetsmühlenartig wiederholten Ankündigungen alle anderen wichtigen Vorhaben auf der Strecke geblieben. Genannt seien hier nur die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, die Energie/CO<sub>2</sub>-Steuer und die Wärmeschutzverordnung. Den erneuerbaren Energien gibt die Bundesregierung auf absehbare Zeit hinaus keine Chance und im Verkehrsbereich sieht es besonders düster aus. Die Bundesregierung ergreift keine Maßnahmen zur schon heute möglichen Halbierung des Treibstoffverbrauchs, auf die sogar die Automobilindustrie wartet. Nur mit Fassungslosigkeit kann registriert werden, daß ausgerechnet der den nahezu ungehemmten Straßenbau festschreibende Bundesverkehrswegeplan im Erfolgskatalog der bereits umgesetzten Einzelmaßnahmen auftaucht, obwohl die Bundesregierung in der Vergangenheit selbst bestätigt hat, daß die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Verwirklichung des Bundesverkehrswegeplans bis zum Jahre 2005 um 38 Prozent ansteigen werden.

Eine traurige Figur gibt Herr Töpfer auch bei der Vorbereitung der UNCED-Folgekonferenz von Rio im Frühjahr nächsten Jahres in Berlin ab. Nachdem er zunächst in bewährter Manier vollmundig die Vorlage eines Protokollentwurfs zur Ausführung der Klimarahmenkonvention angekündigt hatte, legte er nur unverbindliche "Bausteine" auf den Tisch. Der für das Zustandekommen des so wichtigen Klimaprotokolls entscheidende Stichtag 28. September wäre erfolglos verstrichen, hätte nicht die AOSIS-Gruppe der buchstäblich um ihr Überleben im Meer kämpfenden kleinen Inselstaaten in letzter Sekunde einen Protokollentwurf vorgelegt, der nunmehr in Berlin Grundlage der Verhandlungen sein wird.

Es ist schon beschämend anzusehen, wie die schwächsten Mitglieder der Klimakonvention für den selbsternannten Vorreiter in Sachen Klimaschutz und Veranstalter der ersten Vertragsstaatenkonferenz die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Damit ist aber zumindest die Grundlage dafür geschaffen, daß eine SPD-geführte Bundesregierung im nächsten Frühjahr den Berliner Gipfel zum Erfolg führen wird.

(-/28. Februar 1994/rs/tr)

\*\*\*\*\*

### **Klares Nein zur Bonner Familienpolitik** **Familienpolitik der Bundesregierung findet keine Zustimmung**

**Von Michael Habermann MdB**  
**Mitglied im Ausschuß Familie und Senioren**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht der Familienpolitik der Bundesregierung mehrmals Verfassungswidrigkeit attestiert hat, zeigen jetzt auch die betroffenen Familien der Bundesregierung die "rote Karte".

10.000 (!) repräsentativ ausgewählte deutsche Frauen und Männer im Alter von 20 bis 39 Jahren wurden vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 1992 zur Akzeptanz von familienpolitischen Maßnahmen befragt und sollten die derzeitige Familienpolitik der Bundesregierung bewerten. Die Untersuchung war so angelegt, daß zwischen der Meinungsbildung in den alten und neuen Bundesländern differenziert werden konnte. (Quelle: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 19, 2/1993-1994, S. 151-167).

Die Studie belegt die insgesamt deutlich schlechte Akzeptanz der Familienpolitik der Bundesregierung in den neuen Ländern. Sowohl in den alten Bundesländern (45 %) als auch in den neuen Bundesländern (48 %) überwiegt die Meinung, daß die derzeitige Familienpolitik der Bundesregierung ohne Erfolg ist.

So sind nur 12 % der Befragten in Ostdeutschland und nur etwas mehr als ein Viertel in Westdeutschland der Meinung, daß die derzeitige Familienpolitik der Bundesregierung für Paare Anreiz dafür sein könnten, ihren bestehenden Kinderwunsch zu realisieren.

Über die Hälfte der Befragten sieht z.B. im Versagen bei der Wohnungspolitik der Bundesregierung und die dadurch entstandene Wohnungsknappheit einen wesentlichen Grund für die

Entscheidung gegen Kinder. Mangelnder und zu teurer Wohnraum steht in der Wertigkeit dabei gleich mit der Kritik der Befragten an dem mangelnden und verfassungswidrigen Familienlastenausgleich.

Die hohen Kindererziehungskosten sind in den neuen Bundesländern nach der Sorge um die eigene Erwerbstätigkeit, um den Unterhalt für Kinder auch selbst bestreiten zu können, mit über 60 % wesentlicher Grund für die Entscheidung gegen Kinder.

Würden in der DDR noch 80 % der Unterhaltskosten von Kindern kollektiv getragen, müssen sich die Familien heute mit 20 % öffentlicher Aufwandsbeteiligung begnügen. Damit sind Kinderkosten zu einem großen Prozentsatz Privatsache geworden. Und sogar die 20 % öffentliche Gelder werden aus dem Steueraufkommen finanziert, das auf dem Unterhalt eines Kindes liegt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt diesen in-sich-Transfer.

Ganz deutlich auch die Kritik der Befragten an der Familienpolitik der Bundesregierung, wenn es um das bedarfsgerechte Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen geht. Fast 45 % aller Befragten machten das unzureichende Angebot an Kindergartenplätzen, Kinderkrippen und über den Vormittag hinaus geöffneten Grundschulen bzw. fehlenden Kinderhortplätzen dafür verantwortlich, daß sich der Kinderwunsch nicht realisieren läßt. Die Weigerung der Bundesregierung sich an diesen Kosten des Ausbaus zu beteiligen, verschlimmert die bereits bestehende schlechte Bewertung dieses Aspektes der Familienpolitik.

Der Wunsch von Familien nach einem ausreichenden Betreuungsangebot für Kinder wird aktuell auch von einer Allensbach-Umfrage für SAT 1 vom September diesen Jahres bestätigt: über die Hälfte der Befragten plädiert für eine bessere Infrastruktur des Betreuungsangebotes für Kinder.

In dieser Umfrage urteilten sogar zwei Drittel der Befragten: die derzeitige Familienpolitik ist unzureichend und bietet keine ausreichende Hilfestellung für eine Entscheidung zum Zusammenleben mit Kindern.

Es wundert deshalb nicht, daß die Übernahme von Verantwortung für ein Kind von 48,1 % aller befragten Frauen in Westdeutschland und 36,2 % in Ostdeutschland für eine berufliche Karriere hinderlich ist.

In diesem Befragungsergebnis des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung spiegeln sich ebenfalls das unterschiedliche Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen und alten Bundesländern wider, sowie die unterschiedlichen Erfahrungen mit den Möglichkeiten Familie und Beruf zu vereinbaren.

Die Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsfragen ist ein eindeutiger Beleg für die Notwendigkeit des Wechsels in der Familienpolitik.

Gefragt, ob die Familienpolitik der Bundesregierung

- das Leben mit Kindern erleichtert,

gab es 49 % in den alten und 65 % in den neuen Bundesländern Ablehnung (Zustimmung: 44 %/27 %);

- es Paaren ermöglicht früher Kinder zu bekommen,

gab es 52 % in den alten und 65 % in den neuen Bundesländern Ablehnung (Zustimmung: 35 %/20 %);

-es Paaren ermöglicht so viele Kinder zu haben, wie sie möchten,

gab es 59 % in den alten und 66 % in den neuen Bundesländer Ablehnung (Zustimmung 31 %/24 %);

- das Leben für Eltern schwieriger macht,

gab es in den alten 44 % und in den neuen Bundesländern 65 % Zustimmung (Ablehnung 45 %/26 %).

Wenn die Familienpolitik einer Bundesregierung soviel Ablehnung und Kritik erfährt, ist es Zeit sie zu ändern. Eine Kompetenz und an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtete Familienpolitik hat nur die SPD zu bieten. Sie sagt auch den Familien klar und unzweifelhaft wo es hingehet:

ein sozial gerechter Familienlastenausgleich mit 250,- DM für jedes Kind als erster Schritt einer besseren Beteiligung der Gesellschaft an den Unterhaltsaufwendungen für Kinder;

eine Erhöhung der Bafög-Leistungen, damit die Berufsausbildung der Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern alleine bestimmt wird;

eine für mittlere Einkommen schon wirksame, weil verbesserte Förderung der Eigentumsbildung beim Wohnungsbau und mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, damit Familien ein 'bezahlbares Dach' über den Kopf bekommen können;

die Bundesfinanzierungsbeteiligung an bis zu 150.000 Kindergartenplätzen jährlich, weil durch das einheitliche Kindergeld die Kommunen von den bestehenden, drückenden Sozialhilfelasten für Kinder mit über einer Milliarde DM pro Jahr entlastet werden und sie vor weiteren Belastungen geschützt sind. (Arbeitslosenhilfe);

verbesserte Leistungen für Familien beim Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, wie das flexible Erziehungszeitdeputat oder doppeltes Erziehungsgeld bei Halbierung der derzeit bezahlten Ansprüche auf Erziehungsurlaub.

Die Familienpolitik nach zwölf Jahren CDU-geführter Bundesregierung ist zur 'Familienrhetorik' verkommen. Ohne die 'trojanischen Pferde' in Sachen Familienpolitik alle erkannt zu haben, verlangen die Familien, fordern Frauen und Männer einen Wechsel der Familienpolitik. Sie verlangen weniger Bürokratie und mehr tatsächliche Hilfen. Von der jetzt amtierenden Bundesregierung ist das nach zwölf Jahren Experimentieren zu Lasten der Familien und der Kinder nicht mehr zu erwarten. Die Familien in Deutschland freuen sich auf den Wechsel!

(-/28. Februar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Ein unbeugsamer Antifaschist

Zum 50. Todestag Wilhelm Leuschners am 29. September

**Von Haidemarie Wleczorek-Zeul MdB**

**Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

**Vorsitzende der südhessischen SPD**

'Der Appell an die eigene Verantwortung ist die Höhe menschlichen Denkens', hat Wilhelm Leuschner einmal gesagt. Diesem Grundsatz ist er bis zu seinem gewaltsamen Tode am 29. September 1944 treu geblieben.

Wilhelm Leuschner war ein überzeugter pragmatischer Humanist. Auf Grund seiner Fähigkeiten, Kompromisse zu schließen und gleichzeitig entschlossen für eine Sache einzutreten, gelangte er 1919, über die Arbeiterbewegung, an die Spitze des Gewerkschaftsbundes in Darmstadt. Dabei ließ er sich immer von dem Gedanken leiten, für die Belange der Entrechteten und Benachteiligten in der Gesellschaft zu streiten. Seinem politischen 'Credo', einer 'sozialen Demokratie' folgend, lag ihm besonders die Bildung und das Anspornen von kulturellen Interessen unter der Arbeiterschaft am Herzen.

Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erlebte Wilhelm Leuschner, der seit 1913 der SPD angehörte, 1928 als Innenminister einer von Sozialdemokraten mitgetragenen hessischen Landesregierung in Darmstadt. Neben seinen vielen Anregungen und Reformvorschlägen drängte er darauf, das Rhein-Main-Gebiet zu einem Wirtschaftsraum zusammenzufassen, um es den neuen wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen besser anzupassen. Damit legte er den Grundstein für das Rhein-Main-Gebiet als Deutschlands Wirtschafts- und Finanzmetropole. Als Verfechter eines starken Föderalismus gingen von ihm wesentliche Im-

pulse für eine Reichsreform aus, die unter anderem Hessen und Nassau zu einem Bundesland vereinigte.

Frühzeitig erkannte Leuschner, daß die Zukunft Deutschlands nur in einem vereinten Europa liegen konnte. Er war es, der deshalb die Jugend nach dem Krieg 1914/18 zur Aussöhnung mit Frankreich mahnte.

In einer emphatischen Rede während der Landtagswahlen in Hessen 1931, warnte er, angesichts der Weltwirtschaftskrise und dem Millionenheer von Arbeitslosen, vor einem heraufziehenden Nationalismus - welch aktueller Bezug zu unserer politischen Gegenwart.

Wilhelm Leuschner, dieser Name steht für kompromißlosen und konsequenten Kampf gegen den Nationalismus.

Aufsehen erregte Leuschner mit seinem "Boxheimer Dokument" vom November 1931, in dem er die wahren Pläne der NSDAP enthüllte, nach einem gelungenen Staatsstreich die Macht durch Notverordnungen und Standgerichte zu sichern. Für kurze Zeit übernahm Leuschner im Januar 1933 die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; noch im selben Jahr jedoch wurden die Gewerkschaften durch das NS-Regime zerschlagen. Man sperrte Leuschner zusammen mit anderen Gewerkschaftern in Gefängnisse und Konzentrationslager, folterte ihn, denunzierte ihn öffentlich, um ihn zur Aufgabe seiner politischen Ideen zu zwingen. Doch seinen politischen Willen vermochten die deutschen Faschisten nicht zu brechen.

Trotz ständiger Beschattung durch die Gestapo baute Wilhelm Leuschner, gemeinsam mit Carlo Mierendorff, Jacob Kaiser und Max Habermann, eine starke Gewerkschaftsorganisation auf, deren Ziel es war, das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft zu heben und sie als zweite konstruktive politische Kraft im Staatswesen zu verankern. Er wollte die Arbeiterschaft zu einem festen Bestandteil des europäischen Kultur- und Wirtschaftslebens machen.

Zusammen mit Jacob Kaiser, Carlo Mierendorff, Dietrich Bohnhoeffler und Carl Friedrich Goerdeler erarbeitete Wilhelm Leuschner den Entwurf eines demokratischen Deutschlands, in dem neben einem Kanzler Goerdeler, Leuschner als Vizekanzler vorgesehen war. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 rollte eine Verhaftungswelle über das Land. Auch Wilhelm Leuschner wurde verhaftet und wegen Hochverrat zum Tode verurteilt. Der wurde am 29. September 1944 in der Haftanstalt Plötzensee hingerichtet.

"Einig bleiben und wieder aufbauen!" hat er seinen Freunden noch als mahnende Botschaft in den Tagen vor seiner Hinrichtung hinterlassen.

Für Deutschland und für uns in Hessen bleibt Wilhelm Leuschner ein Symbol des Antifaschismus und des unbeugsamen Widerstandes gegen Diktatur, ein Kämpfer für Freiheit und Demokratie, für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit.

(-/28. Februar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wartet Kinkel auf die biologische Lösung?**

**Benesch-Dekrete und Unrechtsgesetze müssen vom Tisch**

**Von Rudolf Müller MdB**

Die Frankfurter Rundschau druckte am 28. September 1994 ein Interview ab, das ihr Prager Korrespondent, Ulrich Glauber, mit dem tschechischen Außenminister, Josef Zieleniec, führte. Auf die Frage von Glauber, ob es nicht an der Zeit sei, endlich einen Dialog zwischen beiden Regierungen über die Entschädigung der tschechischen Opfer des Nationalsozialismus, die Ausweisung der Sudetendeutschen und die Benesch-Dekrete als deren Grundlage zu beginnen, antwortete Zieleniec: "Ich treffe Herrn Minister Kinkel relativ oft. Die deutsche Regierung hat keine von diesen Fragen aufgetischt... Weder die Ausweisung der Sudetendeutschen noch die Benesch-Dekrete waren jemals Gegenstand von Verhandlungen mit Herrn Kinkel... Die deutsche Bundesregierung hat die Fragen, die Sie angesprochen haben, nicht aufgetischt."

Dem tschechischen Außenminister sei Dank - nun sieht man klarer! Seit über einem Jahr nämlich versuche ich in einem Briefwechsel mit dem Bundesminister des Auswärtigen, eine klare, eindeutige Antwort der Bundesregierung auf die Frage zu erhalten, was die Bundesregierung getan hat, um die Regierung der Tschechischen Republik zu bewegen, die noch heute in dem Nachfolgestaat der ehemaligen CSR gültigen Benesch-Dekrete zu revidieren. Minister Kinkels Antwort lautete unter anderem: "Ich werde ..., wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, darauf drängen, daß eine distanzierende Geste zumindest zu einzelnen Dekreten oder Gesetzen aus dieser dunklen Zeit gemeinsamer Geschichte möglich wird..."

Nach dem Interview mit dem tschechischen Außenminister muß ich nun davon ausgehen, daß ernsthafte Versuche, über diese Themen zu verhandeln, von deutscher Seite jedenfalls nicht gemacht wurden. Vielleicht (und dies legen die Formulierungen von Minister Kinkel nahe) berührte man in den deutschen Delegationen einmal gesprächsweise - sozusagen zwischen Tür und Angel - mit den Tschechen diese Punkte. Aber das scheint es dann auch schon gewesen zu sein.

Dabei zeigt die Äußerung von Josef Zieleniec, daß die tschechische Regierung wohl auf eine entsprechenden Anstoß Borms wartet. Wie sinnvoll und erfolgreich sie sein könnte, beweist die Initiative Ungarns, das anlässlich der Aufnahme der Slowakischen Republik in den Europarat auf die Aufhebung der bis dato auch dort gültigen Benesch-Dekrete (die die ungarische Minderheit diskriminierten) drang. Mit Erfolg: Die Slowakei hat inzwischen damit begonnen. Ein gleiches Engagement hätte ich mir von deutscher Seite sowohl für die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik als auch für die in der Bundesrepublik lebenden Sudetendeutschen gewünscht. Zu meinem Bedauern ist mir davon nichts bekannt geworden.

Einer der Gründe, warum Klaus Kinkel sich anscheinend nicht ernsthaft um die Befange der Sudetendeutschen kümmert, liegt wohl in der Verknüpfung von Entschädigung für die tschechischen Opfer des Nationalsozialismus einerseits und Verhandlungen über die Aufhebung der Benesch-Dekrete (und den daraus resultierenden Konsequenzen) andererseits. Die Bundesregierung scheint der Meinung zu sein, das Problem werde sich schon von allein lösen. Biologisch, sozusagen.

Abgesehen davon, daß dies ein zynisches Kalkül ist, muß durch diese Haltung im Ausland - vor allem in Polen und der Tschechischen Republik - der Eindruck entstehen, daß die Bundesregierung die Vorgehensweise etwa der damaligen tschechischen Regierung akzeptiert. Es hilft nicht viel, wenn Minister Kinkel mir gegenüber brieflich erklärt "Die Bundesregierung hat das Unrecht der Vertreibung und die entschädigungslose Enteignung deutscher Vermögenswerte nach dem Krieg niemals anerkannt." Zu fordern ist, daß die Bundesregierung sich endlich die Mühe macht, die Forderungen der Heimatvertriebenen ernst zu nehmen - wozu sich unsere FDP-Außenminister bislang offenbar nicht bequemen konnten.

Die Sudetendeutschen haben eine klare Forderung: Die Unrechts-Gesetzgebung muß aufgehoben, die Benesch-Dekrete müssen für ungültig erklärt werden.

In der CR hat mit den Benesch-Dekreten und den Nachfolgegesetzen noch immer ein Regelwerk Gültigkeit, das nicht nur elementaren Grundsätzen der Menschenrechte, den KSZE-Verbindungen von Helsinki und den in der Charta von Paris erwähnten Grundfreiheiten widerspricht, sondern schwerwiegendste Verstöße gegen Menschenrechte und Grundfreiheiten deckt und diese Verstöße jeglicher Sanktionsmöglichkeit entzieht.

Der praktische Ausschluß der Angehörigen der deutschen Volksgruppe in der CR vor den Restitutionsgesetzen, ihre mangelnde Vertretung im Parlament und der fehlende muttersprachliche Unterricht sind klare Verstöße gegen die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten wie sie die Charta von Paris garantieren will.

Hinzu kommt, daß Sudetendeutsche, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, kein Eigentum in der CR erwerben, ja nicht einmal ihr ehemaliges Eigentum zurückkaufen können; sie sind aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen von jeder Art von Immobilienerwerb ausgeschlossen.

\*\*\*\*\*

(-/29. September 1994/hgs/ks)